

1 Soziale Kommunen – Städte und Gemeinden gehören allen!

2 Programmatische Eckpunkte zur Kommunalwahl 2009

3 DIE LINKE. Baden-Württemberg

4 *Präambel*

5 *Linke Kommunalpolitik steht für die Durchsetzung sozialer Rechte und eine*
6 *gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Wir treten ein für den*
7 *Erhalt einer lebenswerten Umwelt und wollen für die EinwohnerInnen eine*
8 *Ausweitung der demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten vor Ort. Die*
9 *Kommunen müssen über die Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge*
10 *bestimmen können. Kommunale Entscheidungen dürfen nicht an Beraterfirmen*
11 *und wirtschaftliches Handeln nicht an die private Wirtschaft delegiert werden. Die*
12 *im Grundgesetz verankerte kommunale Selbstverwaltung kann nur verwirklicht*
13 *werden, wenn die Kommunen selbst wirtschaftlich tätig sind und die öffentlichen*
14 *Bereiche ausgebaut werden.*

15 *Der Wirkungskreis der Städte und Gemeinden ist universell. Das sagt die*
16 *Gemeindeordnung des Landes Baden-Württemberg, was heißt: alle Probleme der*
17 *Einwohner sollen in den Kommunen zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger*
18 *aufgegriffen werden können. Die Realität sieht anders aus. Die Kommunen sind in*
19 *den letzten Jahren zu Instrumenten des Sozialabbaus und der Ausweitung des*
20 *Niedriglohnsektors geworden. Die finanziellen Spielräume der kommunalen*
21 *Haushalte wurden ausgedünnt. Öffentliche Bereiche wie Energieversorgung,*
22 *Abfallwirtschaft, öffentlicher Verkehr, Altenpflege und Gesundheitsversorgung*
23 *werden zunehmend privatisiert und der Kapitalverwertung unterworfen. DIE*
24 *LINKE. ist Teil des Widerstandes gegen diese neoliberale Politik und als einzige*
25 *Bundestagspartei kämpft sie gegen die Agenda 2010 und deren Fortsetzung, des*
26 *größten Sozialabbauprogramms für Erwerbslose und abhängig Beschäftigte in der*
27 *Geschichte der Bundesrepublik.*

28 *Das Leben der Menschen in den Städten und Gemeinden ist in mehrerer Hinsicht*
29 *durch die Politik eines ungezügelter Kapitalismus der vergangenen Jahre geprägt*
30 *worden. Die zunehmende soziale Spaltung in Reiche und Arme, in "Besser*
31 *Verdienende" und Menschen, die dem Niedriglohnsektor angehören oder erwerbslos*
32 *sind, Migranten/innen, deren Kinderreichtum nicht erwünscht ist, Alleinerziehende*
33 *und kinderlose Angehörige der Mittelschicht verändert nicht nur das äußere Bild der*
34 *Kommunen. So genannte soziale Brennpunkte nehmen zu. Die sozialen Unterschiede*
35 *sind in den Schulen und Kindertageseinrichtungen spür- und sichtbar. Die andere*
36 *Seite der gleichen Medaille ist die Zunahme privater Schulen,*
37 *Kindertageseinrichtungen und der Zuschnitt von Einkaufs- und Kommerzangebote*
38 *für die Schichten in den höheren Einkommensbereichen. Durch ein hochwertiges und*
39 *attraktives Wohnangebot sollen diese gehalten und angebunden werden.*
40 *Kommunalpolitik hat nach Auffassung der Linken in Baden-Württemberg jedoch die*
41 *Aufgabe, für sozialen Ausgleich und die Förderung der benachteiligten Menschen zu*

42 *sorgen. Der Tendenz der sozialen und kulturellen Ausgrenzung ist eine Politik der*
 43 *sozialen Integration und der Beteiligung Aller am öffentlichen Leben entgegen zu*
 44 *setzen.*
 45 *Aber Politik in den Kommunen findet seit Jahren unter anderen Vorzeichen statt. Von*
 46 *der unternehmerischen Stadt ist die Rede. Kommunen sind einem verschärften*
 47 *Standort- und Konkurrenzkampf ausgesetzt. Ein zentrales Ziel unternehmerischer*
 48 *Kommunalpolitik ist es, privates Kapital durch die Verbesserung von harten und*
 49 *weichen Standortfaktoren zu binden oder anzuziehen. Viele Bürgermeister größerer*
 50 *und mittlerer Städte reden vom "Konzern Stadt". Befördert von den IHK's,*
 51 *Arbeitgeberverbänden und der Bertelsmannstiftung werden in die Verwaltungen neue*
 52 *Steuerungsinstrumente eingezogen, die dem privaten Sektor entlehnt sind. Die*
 53 *Orientierung der Verwaltung und der Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge auf*
 54 *Markt und Wettbewerb gehört dabei zum Kernpunkt dieser Philosophie.*

55 **DIE LINKE. tritt an zu den Kommunalwahlen**

56 **DIE LINKE. in Baden-Württemberg lehnt neoliberale Orientierungen in der**
 57 **Kommunalpolitik ab. Die Kriterien von Gewinnmaximierung, Wettbewerb und Markt-**
 58 **Orientierung haben im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge und damit auch bei deren**
 59 **Verwaltung und Steuerung nichts verloren. Leitbild der Linken für die Kommunalpolitik**
 60 **ist die gleichberechtigte soziale, kulturelle und demokratische Teilhabe aller**
 61 **Einwohner/innen und das bewusste Gegensteuern der durch Markt und Wettbewerb**
 62 **erzeugten sozialen Spaltung und Ausgrenzung.**

63 Damit eine Richtungsänderung in der Kommunalpolitik im Interesse der meisten Menschen in
 64 Baden-Württemberg möglich wird, wollen wir in vielen Städten und Gemeinden in Baden-
 65 Württemberg zur Kommunalwahl 2009 antreten. DIE LINKE. beschränkt ihr
 66 kommunalpolitisches Engagement nicht auf die Erringung von Sitzen in den
 67 Kommunalparlamenten. Vielmehr unterstützt DIE LINKE. vor Ort die Initiativen der Menschen
 68 in Vereinen, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, Beschäftigten in den öffentlichen Einrichtungen
 69 und Verwaltungen, Arbeitsloseninitiativen, Umweltgruppen und vielen anderen zur Verbesserung
 70 der Arbeits- und Lebensbedingungen in den Kommunen in Baden-Württemberg.

71 **Selbstverwaltung der Kommunen stärken**

72 Die steuerliche Entlastung der privaten Unternehmen und der großen Einkommen stand im
 73 Zentrum der Steuerpolitik aller Bundesregierungen der letzten 20 Jahre. Die privaten Gewinne
 74 stiegen. Die Kommunen wurden in die Verschuldung getrieben, ihre finanziellen Spielräume
 75 wurden drastisch eingeschränkt.
 76 Der Privatisierungsdruck auf Städte und Gemeinden erhöhte sich. Bei kommunalen Leistungen
 77 fand ein Kahlschlag statt und öffentliche Einrichtungen wurden geschlossen. Unsoziale
 78 Gebührenerhöhungen runden dieses Programm ab. Die Schließung von Schwimmbädern,
 79 Jugendzentren, Sparmaßnahmen bei Schulgebäuden und Kindertageseinrichtungen, geringere
 80 Zuschüsse für Vereine, u.v.a.m. hängen unmittelbar mit dieser auf die Gewinnmaximierung der
 81 Unternehmen ausgerichteten Steuerpolitik zusammen. Dazu kommt, dass Bundes- und
 82 Landesregierungen große Teile der Kosten für die sozialen Folgen ihrer Politik auf die
 83 Kommunen abwälzen. Viele Gemeinderäte, insbesondere aus den bürgerlichen Parteien, aber
 84 auch Grüne und Sozialdemokraten, machen aus der Not eine Tugend und vertreten die Position,

85 dass Private es ohnehin besser und billiger machen. Die Finanzprobleme der Kommunen werden
86 durch das Verscherbeln des Tafelsilbers maximal aufgeschoben, aber nicht gelöst. Deshalb lehnt
87 DIE LINKE. diese Politik grundsätzlich ab und verfolgt einen völlig anderen Ansatz. Die
88 öffentliche Daseinsvorsorge und die öffentlichen Dienstleistungen müssen sich den Bedürfnissen
89 der Einwohner/innen orientieren. Für die Privatwirtschaft geltende Effizienzkriterien und
90 Wirtschaftlichkeitsberechnungen sind hier völlig fehl am Platz. Gleichzeitig lehnt DIE LINKE.
91 die mit Privatisierungen immer verbundene Entdemokratisierung ab. Gewählte Stadt- und
92 Kreisräte müssen ihre Kontrollaufgaben in öffentlichen Einrichtungen wahrnehmen können und
93 dürfen in Aufsichtsräten nicht zu Geheimräten gemacht werden.

94 **Reform der Kommunalfinanzierung**
95 **Umverteilung von unten nach oben beenden!**

96 DIE LINKE. will eine Reform der Kommunalfinanzierung, damit die Gestaltungsspielräume für
97 Städte und Gemeinden wieder hergestellt wird und Entschuldung betrieben werden kann. Die
98 Kommunen brauchen einen höheren Anteil an den Steuereinnahmen, um ihre Aufgaben zu
99 bewältigen und nicht tiefer in die Verschuldungsspirale getrieben zu werden. Mit der
100 Gewerbesteuer und der Grundsteuer haben die Kommunen nur wenig Möglichkeiten, ihre
101 Einnahmen selbst zu steuern. Sie müssen stärker beteiligt werden an der gesellschaftlichen
102 Wertschöpfung, wie das in den skandinavischen Ländern der Fall ist. Die Kommunen dürfen
103 nicht auf ihre gesetzlichen Pflichtaufgaben beschränkt werden, sondern brauchen finanzielle
104 Spielräume für investive und soziale Aufgaben. Für Mensen an Schulen, für Schulbauten, für
105 angemessene Unterkunftskosten bei Hartz IV, für Kinderbetreuung, Jugend- und
106 Schulsozialarbeit fehlt derzeit massiv Geld. Auch für kommunale Wirtschaftsförderung und die
107 Erschließung neuer sozialer und ökologischer Geschäftsfelder müssen die finanziellen
108 Rahmenbedingungen verbessert werden.
109 Die steuerliche Begünstigung von Reichen und die Benachteiligung der Menschen mit geringen
110 Einkommen muss beendet werden. DIE LINKE. fordert die Wiedereinführung der
111 Vermögenssteuer für große Vermögen und eine höhere Besteuerung der Spitzeneinkommen
112 sowie großer Erbschaften über 150 000 Euro. Vermögenssteuer und mehr Erbschaftssteuer
113 kämen den Ländern zugute und könnten für kommunale Investitionen eingesetzt werden.

114 **Mehr öffentlich geförderte Beschäftigung – Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen**

115 Bei der Bewältigung gemeinnütziger Aufgaben und beim Aufbau eines öffentlich geförderten
116 Beschäftigungssektors braucht es Investitionen in Non-Profit-Bereiche, nicht die Delegation an
117 profitorientierte privatwirtschaftliche Anbieter. Die Städte und Gemeinden schaden sich selbst,
118 wenn sie den Vorreiter spielen bei der Einrichtung von Ein-Euro-Jobs und Ausweitung des
119 Niedriglohnssektors. Sie schaffen damit mehr Armut und müssen dann die sozialen Folgekosten
120 tragen. Mit einer angemessenen Besteuerung der großen Vermögen und Einkommen muss die
121 Umverteilung von unten nach oben gestoppt werden und zu Gunsten sozialer Kommunen
122 umgeleitet werden.
123 Statt einen zerstörerischen Standortwettbewerb im Interesse von Großinvestoren zu finanzieren,
124 müssen sich die Städte und Gemeinden auf eine Stärkung „weicher“ Standortfaktoren
125 orientieren: gesunde Umwelt, wohnortnahe Bildungsangebote, gute Kinderbetreuung,
126 preisgünstiger öffentlicher Nahverkehr. Öffentliche Aufträge dürfen nicht an Firmen vergeben
127 werden, die Lohndumping betreiben und sich weigern, Tariflöhne zu zahlen. Die Kommunen

128 müssen zu einem Motor werden gegen Niedriglöhne, von denen die Menschen nicht leben
129 können.

130 Regionale Wirtschaftsabläufe stärken bedeutet die Bevorzugung regionaler Anbieter bei
131 öffentlichen Aufträgen nach sozialen und ökologischen Kriterien.

132 **Kampf gegen Armut und Kinderarmut**

133 Der Kampf gegen Armut und Kinderarmut ist einer der wichtigsten Programmpunkte der Linken.
134 Arme Kinder leben in armen Familien. Die u.a. durch Massenarbeitslosigkeit, Hartz IV, prekäre
135 Arbeit und Lohndumping wachsende Armut und Kinderarmut ist in den Städten und Gemeinden
136 deutlich spürbar. So erhalten 1,2 Millionen Beschäftigte ergänzendes Arbeitslosengeld II, weil ihr
137 Einkommen nicht zum Leben reicht. 3 Millionen Minderjährige gelten als einkommensarm. In
138 Mannheim z.B. fällt jedes 4. Kind unter die Armutsgrenze. 148 000 Kinder in Baden-
139 Württemberg wachsen in Armut heran. Längst sind jedoch die sog. Problemregionen, in denen
140 die Arbeitslosigkeit in Baden-Württemberg besonders groß ist lediglich als Indiz für die um sich
141 greifende Armut zu deuten. In der im bundesweiten Vergleich außerordentlich reichen
142 Landeshauptstadt Stuttgart wird der Graben zwischen Wohlstandsgebieten und sog. sozialen
143 Brennpunkten tiefer. Die Zahl der Eltern, die ihren Kindern keine komplette Schulausstattung für
144 die Ersteinschulung bezahlen können wächst, meldete kürzlich die Diakonie.

145 DIE LINKE. will Teilhabe Aller statt Almosen. Als Sofortmaßnahmen gegen Armut und
146 Kinderarmut fordert DIE LINKE. in den Städten und Gemeinden:

- 147 ● Die Einführung eines Sozialpasses, der erwerbslosen und armen Menschen den
148 kostenlosen Zugang zu den öffentlichen Einrichtungen (Bäder, Büchereien, Museen,
149 usw.) und die kostenlose Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel ermöglicht.
- 150 ● Kinder erwerbsloser oder armer Eltern müssen ein kostenloses Starterset für die
151 Ersteinschulung erhalten.
- 152 ● Ein kostenloses Mittagessen in den Schulen und Tageseinrichtungen muss für alle Kinder
153 und Jugendlichen selbstverständlich sein.
- 154 ● Die medizinische Betreuung und Versorgung muss deutlich verbessert werden.
- 155 ● Die Forderung nach gebührenfreiem Besuch des Kindergartens hilft insbesondere
156 ärmeren Familien.
- 157 ● Weitere Forderungen (Wohnen, Energie, usw.)

158 **Ausbau von Kindertageseinrichtungen und kostenloser Kindergartenbesuch**

159 Trotz oder gerade wegen Kinderland Baden-Württemberg gibt es nach wie vor eine gravierende
160 Unterversorgung bei den Kindertageseinrichtungen. DIE LINKE. fordert den zügigen Ausbau
161 der Kindertageseinrichtungen und deren qualitative Verbesserung. Deshalb fordern wir als ersten
162 Schwerpunkt:

- 163 ● Kostenlose Krippenplätze für die Entwicklung der Kinder und die Vereinbarkeit von
164 Arbeit und Familie
- 165 ● Kostenlose Kindergärten mit qualifizierter Förderung durch ausreichendes pädagogisches
166 Fachpersonal für alle Altersgruppen
- 167 ● Öffnungszeiten der Kindergärten, die die Vereinbarkeit von Arbeit und Kind ermöglichen

- 168 ● Begrenzung der Gruppengrößen auf maximal 21 Kinder bei Einsatz von zwei
 169 qualifizierten Fachkräften, um individuell auf Kinder eingehen zu können. Ziel sind die
 170 EU-Standards, die eine maximale Gruppengröße von 15 und einen Schlüssel
 171 Erzieherinnen-Kinder von 1:8 vorsehen.
 172 ● Den Einsatz von Nicht-Fachkräften lehnen wir ab. Die Ausbildung und die Bezahlung
 173 von Erzieherinnen müssen angehoben, die Fortbildung verbessert werden.

174 Einzelne Städte und Gemeinden wie Heilbronn zeigen, dass der kostenlose Kindergartenplatz
 175 flächendeckend möglich ist.

176 Grundsätzlich halten wir den zwischen den Kommunen und dem Land ausgehandelten
 177 Kompromiss zur Finanzierung der Kindertagesstätten für unzureichend. Nötig ist die
 178 Verdoppelung der Zuschüsse des Landes für die Kommunen.

179 **Bessere Schulausstattung und fachliche Betreuung in Ganztageschulen**

180 DIE LINKE. steht für ein völlig anderes Bildungskonzept. Statt Auslese heißt unser Prinzip
 181 Förderung. Kein einziges Kind und kein Jugendlicher darf im Bildungssystem hängen bleiben.
 182 DIE LINKE. will das dreigliedrige Schulsystem ersetzen durch integrative Gemeinschaftsschulen
 183 bis zur 10 Klasse. Dafür gibt es Initiativen für Pilotprojekte. Dafür braucht es eine völlig
 184 veränderte Landespolitik. Kommunalpolitisch stehen wir für mehr Jugendsozialarbeit und
 185 bessere Jugend- und Sozialeinrichtungen. Aufgrund der Unterfinanzierung der Kommunen gibt
 186 es in den Baden-Württembergischen Schulen einen milliardenschweren Investitionsstau.
 187 Toiletten, die seit 20 Jahren nicht mehr renoviert wurden, Klassenzimmer, in denen die Farbe von
 188 den Wänden blättert und Schulhöfe wie Betonwüsten sind den Kindern in unseren Städten und
 189 Gemeinden nicht zu zumuten. Genauso wenig, wie das Fehlen oder die Minderausstattung mit
 190 naturwissenschaftlichen Räumen, Computern, Schulsekretär/innen und Schulsozialarbeiter/innen.
 191 Das von der Landesregierung forcierte Projekt ehrenamtlicher Schulbegleiter/innen lehnen wir
 192 ab. Stattdessen wollen wir die Betreuung der Schüler/innen durch fachlich ausgebildetes Personal
 193 in Ganztageschulen. Kostenloses in öffentlichen Küchen gekochtes Essen muss zum Standard
 194 jeder Schule gehören.

195 Gemeinsam mit Elterninitiativen, Schülern und Lehrern engagieren wir uns für kleinere Klassen,
 196 für mehr Lehrerstellen und für die Einhaltung der Lernmittelfreiheit in den Schulen.

197 **Keine Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen -** 198 **Rekommunalisierung bereits privatisierter Bereiche**

199 DIE LINKE. steht für eine Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge, den Ausbau der
 200 öffentlichen Einrichtungen und Dienstleistungen. Die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen
 201 und Dienstleistungen lehnt DIE LINKE. grundsätzlich ab. Bereits privatisierte Bereiche müssen
 202 rekommunalisiert werden. Erziehung, Bildung, Gesundheitsversorgung, Altenpflege,
 203 Öffentlicher Personennahverkehr, Wasserversorgung und Entsorgung, die Erhaltung und Pflege
 204 öffentlicher Anlagen, Gärten und Parks, u.v.a.m. sind öffentliche Aufgaben und müssen
 205 öffentliche Aufgaben bleiben. Die Mehrheit der Menschen profitiert vom Erhalt und Ausbau der
 206 öffentlichen Einrichtungen und Dienstleistungen. Sie dürfen weder privatisiert noch den
 207 Gesetzen von Markt und Wettbewerb untergeordnet werden. Die Ausrichtung an
 208 Effizienzkriterien der privaten Wirtschaft führt zur Verschlechterung der Arbeits- und

209 Bezahlungsbedingungen und des Services. Außerdem lehnen wir es ab, dass an die Erziehung
210 von Kindern oder die Pflege von Alten und Kranken Effizienzkriterien angewendet werden, wie
211 es in der privaten Wirtschaft üblich ist.

212 Die Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge sind kein Wettbewerbsfaktor und dürfen auch
213 nicht dem Wettbewerb gegenüber privaten Anbietern ausgesetzt werden. Vielmehr geht es um die
214 umfassende Versorgung der Bevölkerung, unabhängig von der persönlichen Leistungskraft oder
215 dem Einkommen der Einwohner/innen. Die öffentlichen Einrichtungen haben nach Auffassung
216 der Linken die Aufgabe durch Herkunft verursachte Nachteile auszugleichen. Das gilt
217 insbesondere für die Erziehungs- und Bildungseinrichtungen, aber auch für sportliche und
218 kulturelle Betätigung sowie die Mobilität in der Stadt bzw. Region.

219 Die Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge und der öffentlichen Dienstleistungen sind
220 überwiegend durch Steuergelder finanziert. Sie sind Eigentum der Einwohner/innen und müssen
221 demokratisch kontrolliert und gestaltet werden. Das umfasst sowohl die demokratische Kontrolle
222 und politische Entscheidungsmöglichkeit durch die gewählten Gemeinde- und Kreisträte, als auch
223 durch direkte Demokratie in Form von Bürgerentscheiden und Bürgerbegehren. Deshalb lehnt
224 DIE LINKE. auch die Umwandlung öffentlicher Einrichtungen in private Rechtsgesellschaften
225 wie GmbH's oder auch gemeinnützige GmbH's ab. Sie sind meist die Vorstufe von
226 Privatisierung, Tarifflucht und Kontrollflucht. Gewählte Gemeinderäte sind durch die
227 Einwohner/innen demokratisch kontrollierbar, Aufsichtsräte und Geschäftsleitungen kaum.

228 Auch die zunehmende Beteiligung von privaten Investoren an öffentlichen Projekten (PPP
229 Publik-Private-Partnership) lehnen wir ab. Private Investoren wollen Gewinne für ihr
230 eingesetztes Kapital erzielen. Langfristig wird das für die Kommunen teurer, einmal davon
231 abgesehen, dass i.d.R. die öffentliche Kontrolle verloren geht. Studien aus England beweisen,
232 welche verheerende Folgen PPP-Projekte für die öffentliche Hand nach sich ziehen.

233 **Stadtwerke müssen öffentlich bleiben und die Energieversorgungsunternehmen müssen** 234 **rekommunalisiert werden**

235 Die Versorgung der Bevölkerung mit Energie ist eine öffentliche Aufgabe. Aus ökologischen und
236 sozialen Gründen dürfen Stadtwerke nicht privatisiert werden. Auch fordert DIE LINKE. die
237 Rekommunalisierung der bereits privatisierten Energieversorgungsunternehmen. Die
238 Privatisierung der EnBW war ein großer politischer Fehler der Landesregierung und der Stadt
239 Stuttgart. Die großen Energiemonopole gleichen modernen Raubrittern, die ihre Position
240 ausnützen, um der Bevölkerung das Geld aus den Taschen zu ziehen. Gerade ärmere
241 Bevölkerungsschichten trifft die enorme Verteuerung der Energiekosten besonders hart. Seit
242 2000 sind die Strompreise für die privaten Haushalte um 50 % gestiegen. Die 4 großen
243 Energiekonzerne erhöhten ihren Gewinn seit 2002 um 12 Mrd. Euro.
244 DIE LINKE. hält sowohl eine soziale Preisgestaltung als auch die ökologische Steuerung der
245 Energieversorgung für eine dringende öffentliche Aufgabe. Energieaufwändige und
246 umweltbelastende Produktion darf nicht auch noch durch billige Energie belohnt werden. Für
247 den Umstieg auf regenerative Energieformen ist neben anderen Maßnahmen die öffentliche
248 Verfügung und Steuerung der Energieversorgungsunternehmen eine wichtige Voraussetzung.

249 **Wohnortnahe Gesundheitsversorgung und bessere Altenpflege**

250 Die durch diverse Gesundheitsreformen politisch herbeigeführte Unterfinanzierung der

251 Krankenhäuser führt dazu, dass immer mehr Krankenhäuser, insbesondere in den Landkreisen
 252 schließen, fusionieren oder/und privatisiert werden. Die Krankenhäuser werden untereinander in
 253 einen Wettbewerb um die lukrativsten Behandlungen getrieben. DIE LINKE. steht

- 254 ● für flächendeckende und wohnortnahe Gesundheitsversorgung
- 255 ● gegen die Privatisierung der Krankenhäuser und gegen Schließung von Krankenhäusern
- 256 in der Fläche
- 257 ● für die notwendige Ausstattung mit fachlich qualifiziertem Personal

258 Die regelmäßige medizinische Untersuchung der Kinder und Jugendlichen in den
 259 Kindertageseinrichtungen und Schulen muss sicher gestellt werden (evt. Abschnitt aus dem
 260 Landtagswahlprogramm übernehmen).
 261 In Einrichtungen der Altenpflege muss die kommunale Zuständigkeit erhalten bleiben. Die
 262 Ausstattung mit genügend Fachkräften ist in den meisten Einrichtungen nicht gewährleistet.
 263 Alte und pflegebedürftige Menschen dürfen nicht „weggeräumt“, sondern müssen würdig
 264 behandelt werden und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

265 **ÖPNV und sozialökologische Stadtplanung**

266 DIE LINKE. steht für einen Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs aus ökologischen und
 267 sozialen Gründen. Die durch die verfehlte Bahnpolitik verursachte Stilllegung von
 268 Nahverkehrsstrecken oder deren Einschränkung geht in die völlig falsche Richtung. Dem
 269 öffentlichen Personennahverkehr ist Vorrang vor dem Individualverkehr einzuräumen. Die
 270 Preisgestaltung muss sozialen Kriterien Rechnung tragen. Insbesondere ärmere Menschen sind in
 271 ihrer Mobilität eingeschränkt, wenn im ländlichen Bereich öffentliche Nahverkehrssysteme nur
 272 unzureichend vorhanden oder die Fahrpreise insgesamt zu teuer sind. Der Ausbau von Radwegen
 273 und Fußgängerfreundlichen Infrastrukturen gehört ebenfalls zu unserer Forderung.
 274 Die Schülerbeförderung in den Städten und Kreisen muss kostenfrei angeboten werden.
 275 In den Städten braucht es eine Ausweitung von Spielstraßen und die Einführung von
 276 innerstädtischen Umweltzonen, barrierefreie und seniorengerechte Zugänge.
 277 Um Flächenverbrauch und Zersiedelung zu begrenzen sind Mehrfamilienhäuser und nicht
 278 Einfamilienhäuser zu begünstigen. Innerstädtische Grünflächen, Spielplätze und Sportstätten
 279 müssen erhalten oder und bei Neubebauungen wohnortnah berücksichtigt werden.

280 **Keine Privatisierung von Wohnungen im öffentlichen Eigentum - bezahlbare Wohnungen** 281 **schaffen**

282 Armut hat viele Gesichter und besonders schlimm ist es, wenn arme Menschen keine oder nur
 283 schwierig eine Wohnung finden. Arme Menschen in Baden-Württemberg finden nach einer
 284 Untersuchung der Wohlfahrtsverbände immer schwieriger eine Wohnung. Außerdem wohnen
 285 Menschen in Armut häufig in Wohnungen mit unterdurchschnittlicher Qualität und oft sogar in
 286 einer Gesundheit gefährdenden Umgebung. Ähnliche Probleme haben kinderreiche Familien
 287 oder Alleinerziehende. Eine der Hauptursachen dafür ist, dass sich das Land Baden-Württemberg
 288 bereits 1993 aus dem sozialen Wohnungsbau zurückgezogen hat.
 289 DIE LINKE. lehnt die Privatisierung von Wohnungen in kommunalem Besitz ab und unterstützt
 290 Initiativen, die geplante Privatisierungsmaßnahmen verhindern. Der Erhalt öffentlichen
 291 Wohnraums und deren Ausbau ist eine wichtige Aufgabe der Kommunen, um Armut zu

292 verhindern und kinderreichen Familien und Alleinerziehenden bezahlbaren Wohnraum zur
 293 Verfügung zu stellen. Niemand darf wegen Hartz IV aus seiner Mietwohnung vertreiben werden.
 294 Bei den Wohnkosten sind die gestiegenen Mieten und Nebenkosten voll zu berücksichtigen. DIE
 295 LINKE. setzt sich dafür ein, dass auf Landes- und Bundesebene mehr Mittel für sozialen
 296 Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden. Auch alternative Wohnformen und
 297 genossenschaftliche Projekte dürfen nicht diskriminiert sondern müssen gefördert werden.

298 **Keine Prestige- und Großprojekte wie Stuttgart 21 oder die zusätzliche Abflug- und**
 299 **Landebahn am Stuttgarter Flughafen**

300 DIE LINKE. ist keinesfalls gegen Großinvestitionen in wichtige Infrastrukturprogramme. So gibt
 301 es bei der dringend nötigen Modernisierung von Schul- und Krankenhausgebäuden, beim Ausbau
 302 des Schienenverkehrs, im ökologischen Bereiche, bei der Altenpflege, bei Bau- und der
 303 Modernisierung von Kindertageseinrichtungen u.v.a.m. einen Investitionsstau im dreistelligen
 304 Milliardenbereich. DIE LINKE. wendet sich jedoch gegen Groß- und Prestigeprojekte, deren
 305 infrastrukturellen Vorteile fraglich sind und die keinerlei sozialen Fortschritt bringen, aber
 306 Milliarden an Steuergelder verschlingen, die an anderer Stelle fehlen. Dazu gehört für uns
 307 Stuttgart 21 und der von der Geschäftsführung der Stuttgarter Flughafen GmbH geforderte Bau
 308 einer zweiten Start- und Landebahn am Stuttgarter Flughafen. Bei Stuttgart 21 wendet sich DIE
 309 LINKE. nicht gegen die sinnvolle Neubaustrecke von Wendlingen nach Ulm, die zu einer
 310 Fahrtzeitverkürzung von annähernd einer halben Stunde führt und die Attraktivität des
 311 Schienenverkehrs spürbar steigert, sondern gegen den unterirdischen Bahnhof, der gerade mal zu
 312 drei Minuten Fahrtzeitverkürzung führen würde, verbunden mit großen ökologischen Risiken.
 313 Solche Projekte, von denen sich in erster Linie (Bau)-Konzerne und Banken einen hohen Gewinn
 314 versprechen, die jedoch keinerlei ersichtlichen Gewinn an Lebensqualität für die Mehrheit der
 315 Bevölkerung mit sich bringen, lehnt DIE LINKE. ab. Im Gegenteil, die im Rahmen von Stuttgart
 316 21 notwendigen Baumaßnahmen werden die Lebensqualität vieler StuttgarterInnen über viele
 317 Jahre hin erheblich verschlechtern.

318 DIE LINKE. unterstützt den Widerstand der Menschen auf den Stuttgarter Fildern gegen den
 319 Bau einer 2. Start- und Landebahn. Der Ausbau des Flugverkehrs (insbesondere durch
 320 Billigflieger) ist verkehrspolitisch der falsche Weg. Die Belastung des Klimas und der Umwelt
 321 durch den Flugverkehr ist völlig verantwortungslos. Die Lärmbelastung und die Belastung
 322 durch Schadstoffe für die Bewohner/innen ist unzumutbar

323 **Förderung ökologischer Politik und der Einsatz regenerativer Energie**

324 Es kann kein Zweifel bestehen, dass auf dem Hintergrund der Klimaerwärmung und
 325 ökologischen Gefährdungen eine umfassende Energiewende sowie eine aktive Umweltpolitik in
 326 den Kommunen erforderlich ist. DIE LINKE. fordert in allen Gemeinden die Einrichtung der
 327 Stelle eines Klimaschutzbeauftragten, für größere Städten und Landkreise die Einrichtung eines
 328 Energiereferates. Auch andere lokale Akteure, Gruppen der lokalen Agenda 21,
 329 Umweltschutzgruppen, Betreibergesellschaften von Solarprojekten, Unternehmen und
 330 interessierte, wie kompetente Privatpersonen müssen bei der Erarbeitung eines kommunalen
 331 Energie- und Umweltkonzeptes einbezogen werden. Einige Maßnahmen werden heute schon
 332 getroffen, können aber zügig ausgebaut und erweitert werden. Unsere Ziele sind:

- 333 ● Zügige energetische Sanierung der öffentlichen Gebäude durch Vollwärmeschutz und
334 Modernisierung der Heizungsanlagen (KWK, Biomasse, Solarwärme u.a.)
- 335 ● Investitionen der Kommunen und Kreise in erneuerbare Energie
- 336 ● Förderung der privaten Investitionen in die Erzeugung von erneuerbarer Energie, z.B.
337 durch die Ausweisung von Standorten für Windkraftanlagen, Vereinfachung von
338 Genehmigungsverfahren, Gründung von kommunalen Förderfonds usw.
- 339 ● Wohnortnahe Einkaufsmöglichkeiten sind zu erhalten oder deren Einrichtung zu fördern
340 (z.B. auch durch genossenschaftliche Einkaufsmöglichkeiten).
- 341 ● Sicherung der kommunalen Energieproduktion und -verteilung durch Stadtwerke in
342 kommunalen Besitz sowie Ausgabe von Teilhabescheinen mit Stimmrecht an Bürgerinnen
343 und Bürger
- 344 ● Ausstieg der Stromversorger mit kommunalen Besitzanteilen aus dem Vertrieb von
345 Atomstrom, Bezug von Ökostrom in kommunalen Gebäuden
- 346 ● Die kommunalen Handlungsfelder Abfall, Flächenverbrauch, Wasser, Energieeinsatz,
347 Mobilität, Wirtschaftsstruktur, usw. sind verstärkt nach energie- und umweltpolitischen
348 Zielsetzungen auszurichten.
- 349 ● Der Flächenverbrauch und die Versiegelung von Flächen werden durch neue
350 städtebauliche Wohn- und Verkehrskonzepte reduziert. Ausrichtung der Häuser nach
351 Süden in der Raumordnungs- und Flächennutzungsplanung sowie in den
352 Bebauungsplänen.
- 353 ● Lokale Wirtschaftskreisläufe müssen gestärkt und wohnortnahe Arbeitsplätze erhalten
354 werden.
- 355 ● landwirtschaftliche Nutzung von kommunalen Flächen nur nach den Prinzipien des
356 ökologischen Landbaus.
- 357 ● Bei Bauten und öffentlichen Gebäuden sind verstärkt Baustoffe aus nachwachsenden
358 Rohstoffen einzusetzen. Die Beschaffungspolitik der Kommunen wird an energie- und
359 umweltpolitischen Zielen ausgerichtet.

360 **Direkte Demokratie wagen**

361 Im Jahr 2006 verhinderte die Freiburger Bevölkerung mit einem Bürgerentscheid, dass
362 kommunale Wohnungen im Wert von 500 Millionen Euro an private Investoren übereignet
363 wurden. Der grüne Oberbürgermeister und die Ratsmehrheit wurden überstimmt. In Pforzheim
364 verhinderten die Stadtoberen einen Entscheid gegen die Privatisierung der Verkehrstriebe. In
365 Stuttgart kamen Ende 2007 über 60 000 gültige Unterschriften für einen Bürgerentscheid in
366 Sachen Stuttgart 21 – Tieferlegung des Hauptbahnhofes zusammen. Die Stuttgarter
367 Rathausmehrheit ignorierte das und verhinderte mit einem juristischen Trick den
368 Bürgerentscheid. Das Milliardenprestigeprojekt mitten in der Stadt sei keine kommunale
369 Angelegenheit.

370 Obwohl die Gemeindeordnung des Landes Baden-Württemberg in Artikel 20 und 21 zu allen
371 wichtigen Gemeindeangelegenheiten Bürgerversammlungen, Bürgeranträge und
372 Bürgerentscheide empfiehlt, gehören Formen der direkten Demokratie nur ganz selten zur
373 politischen Alltagskultur. Im Jahr 2006 wurden im Land insgesamt nur 13 solche Abstimmungen
374 zugelassen. Davon waren 7 Entscheide von Gemeindeparlamenten initiiert.

375 Eine steigende Anzahl von Bürgern hält das politische System der Bundesrepublik für nicht mehr
 376 gerecht und kann sich mit der Demokratie als Regierungsform nicht mehr positiv identifizieren.
 377 Wahlbeteiligungen nehmen weiter ab und so wächst die Gefahr, dass antidemokratische Parteien
 378 verstärkt Zulauf erhalten.
 379 DIE LINKE. will mehr direkte Demokratie wagen und mehr ständige Mitbestimmung für die
 380 Bevölkerung.

381 **Beteiligungshaushalte organisieren**

382 Demokratie bedeutet, dass die Menschen aktiv in der Politik mitbestimmen können und nicht nur
 383 ihre Stimme bei Wahlen abgeben dürfen. Bürgerbegehren und Bürgerentscheide müssen
 384 erleichtert werden. Insbesondere die Haushalte von Städten, Gemeinden und Kreisen sollten
 385 nicht erst dann öffentlich diskutiert werden, wenn sie in geheimen Zirkeln ausgehandelt sind.
 386 Nach dem Beispiel der brasilianischen Stadt Porto Alegre wollen wir erreichen, dass soziale
 387 Initiativen, Vereine, Stadtteilforen und Bürgerversammlungen die Gelegenheit haben, über
 388 kommunale Haushaltstitel zu diskutieren, Prioritäten zu setzen, Anträge zu stellen.

389 **Bürgerversammlungen und Bürgerentscheide stärken** 390 **Kommunale Selbstverwaltung**

391 In Baden-Württemberg existiert mit „Mehr Demokratie e.V.“ ein breites Bündnis aus Parteien,
 392 Gewerkschaften und Umweltverbänden für die Erleichterung von Bürgerentscheiden auf
 393 Kommunal- und Landesebene. Wegen der hohen Hürden wurde die Initiative für ein
 394 landesweites Volksbegehren Bürgerentscheide vorerst abgebrochen. DIE LINKE. unterstützt die
 395 Aktivitäten des Bündnisses weiter und fordert generell einfachere Verfahren für
 396 Bürgerversammlungen und Bürgerentscheide.

397
 398 DIE LINKE. wird auf kommunaler Ebene zu wichtigen Entscheidungen Bürgerversammlungen
 399 verlangen und Bürgerentscheide unterstützen oder ermöglichen.

400 DIE LINKE. will nicht den „gläsernen Menschen“ sondern eine Politik der Gläsernen Rathäuser
 401 und Landratsämter: man muss draußen sehen können, was drinnen vorgeht. Die modernen
 402 Kommunikationsmittel erlauben es, alle wichtigen Vorlagen in verständlicher Form zu
 403 veröffentlichen. Gemeinderats- und Ausschussprotokolle gehören ins Internet.

404 **Kommunales Wahlrecht für alle**

405 Zur kommunalen Demokratie gehört, dass alle Menschen, die hier leben, die gleichen sozialen
 406 und staatsbürgerlichen Rechte haben. Bürgerinnen und Bürger aus der Europäischen Union haben
 407 inzwischen kommunales Wahlrecht. Das ist gut. Vom Wahlrecht nach wie vor ausgeschlossen
 408 sind Menschen, die hier seit Jahren den Lebensmittelpunkt haben, arbeiten, Steuern bezahlen -
 409 aber keinen deutschen oder EU-Pass haben. Das ist undemokratisch. Das kommunale Wahlrecht
 410 muss auf Nicht-EU-Ausländer ausgeweitet werden. Es ist ein schreiender Widerspruch, dass ein
 411 Kind mit türkischer Herkunft in dritter Generation in Deutschland in der Schule lernt, was das
 412 Grundgesetz ist und was Parteien sind - und daheim lernen muss, dass Eltern und Großeltern per
 413 Gesetz vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.
 414 Immigranten ohne Wahlrecht brauchen auf kommunaler Ebene gesonderte Beiräte, die ihre
 415 Interessen gegenüber den Verwaltungen vertreten.

416

Integration statt Ausgrenzung

417 Wir fordern die Wiederherstellung einer humanen Flüchtlingspolitik und machen Druck auf die
 418 zuständigen Ämter und Regierungspräsidien, damit Härtefallregelungen und andere Spielräume
 419 ausgenutzt werden. Auch solche Flüchtlingsfamilien, die nach der neuen „Altfallregelung“ kein
 420 Bleiberecht haben, müssen vor Abschiebung geschützt werden. Mit unrechtmäßigen
 421 Abschiebungen und Abschiebeversuche werden grundlegende Menschenrechte verletzt. DIE
 422 LINKE. setzt sich ein für ein humanes Bleiberecht ein.

423

424 Auch bei der Strafverfolgung lehnen wir ein Sonderstrafrecht gegen Immigranten ab.

425

426 Wir treten dafür ein, dass in Schulen und Kindergärten alle Kinder gleiche Chancen haben und
 427 gefördert werden, insbesondere dann, wenn sie sprachliche Schwierigkeiten haben.

428 Der Anteil von ausländischen Jugendlichen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, ist mit 15,9
 429 % dreimal so hoch wie die 5,5 % der deutschen SchülerInnen. Dies schlägt sich auch bei den
 430 beruflichen Abschlüssen nieder: von Jugendlichen mit Migrationshintergrund sind 36 % ohne
 431 Berufsabschluss, bei deutschen Jugendlichen sind es 7,9 %. Die meisten jugendlichen Migranten
 432 leben aber in der zweiten oder dritten Generation hier. Das zeigt ein Versagen der schulischen
 433 und beruflichen Integrationspolitik.

434 Wir wollen, dass in Kindergärten, Schulen, Sportvereinen, Kultur- und Freizeiteinrichtungen
 435 Kinder unterschiedlicher sozialer, religiöser und ethnischer Herkunft zusammenkommen und
 436 nicht separiert werden. Auch um Jugendkriminalität einzudämmen brauchen wir mehr gut
 437 ausgebildete Erzieherinnen und Schulsozialarbeiter, mehr soziale Kontrolle, mehr
 438 Ausbildungsangebote, aber keine Verschärfung des Jugendstrafrechtes. Wer gemeinsam und
 439 gleichberechtigt spielt und lernt, lebt solidarischer und respektiert kulturelle Unterschiede und
 440 demokratische Regeln. So genannte Parallelgesellschaften bilden sich heraus, wenn Menschen
 441 die Teilhabe am politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Leben verwehrt wird.
 442 Rassistische und neofaschistische Bestrebungen haben dort einen besonderen Nährboden, wo
 443 Menschen durch die offizielle Politik diskriminiert werden.

444

Rassismus und Neofaschismus vor Ort bekämpfen

445 Antisemitismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit richten sich gegen ein menschliches
 446 Zusammenleben aller. Ausländer-Raus-Parolen sind keine Meinungsäußerung, sondern eine
 447 verbrecherische Diskriminierung der Betroffenen und haben deshalb in einem demokratischen
 448 Gemeinwesen nichts verloren. Wir wenden uns gegen alle Kräfte, die ethnische oder religiöse
 449 Minderheiten zu Sündenböcken für eine verfehlte Wirtschafts- und Sozialpolitik machen. Wo
 450 neofaschistische und nationalistische Organisationen auftreten, verteidigen wir den öffentlichen
 451 Raum gegen ihre Bestrebungen. Wir setzen auf antifaschistische Aufklärungsarbeit und breite
 452 Bündnisse gegen Rechtsextremismus. Nazi-Aufmärsche sind eine Bedrohung.

453 Städte und Gemeinden müssen verbesserte rechtliche Möglichkeiten bekommen, die Vergabe
 454 öffentlicher Räume zu verhindern, wenn dort Nazi-propaganda angesagt ist.

455 Vereine, Kultur- und Jugendinitiativen, die auf ein gleichberechtigtes Zusammenleben
 456 orientieren, müssen kommunal gefördert werden. Projekte wie „Schule ohne Rassismus“,
 457 antifaschistische Bündnisse und Aufklärungsarbeit dürfen nicht länger zum Objekt des
 458 Verfassungsschutzes gemacht werden, sondern müssen als Teil demokratischer Willensbildung in

459 den Kommunen anerkannt werden. DIE LINKE. will mehr kommunale Initiativen und
460 Ressourcen im Kampf gegen Rassismus und Neonazismus.

461
462 **Kommunale Friedenspolitik und Städtepartnerschaften**

463 DIE LINKE. ist Teil der Friedensbewegung gegen militärische Rüstung und internationale
464 Kriegseinsätze. Die Kosten und Folgekosten für Bundeswehreinätze und für milliardenschwere
465 Rüstungsprojekte wie die NATO-Pipeline quer durch Baden-Württemberg vergrößern die
466 Finanznot der Kommunen und verursachen weltweit Armut.
467 Vor Ort treten wir dafür ein, dass sich die Kommunen nicht in so genannte zivilmilitärische
468 Verpflichtungen treiben lassen. In zivilen Krankenhäusern darf es nicht zur Normalität werden,
469 dass Bundeswehrangehörige tätig sind, die militärischem Kommando statt der zivilen Verwaltung
470 unterstehen. Auch haben Bundeswehrfeldwebel und bunte Kriegswerbung nichts zu suchen bei
471 der Arbeitsberatung in Schulen und Jobcentern.
472 Wir befürworten bestehende Städtepartnerschaften und treten dafür ein, dass diese Beziehungen
473 rein zivilen Zwecken dienen. Solche Partnerschaften müssen dazu genutzt werden, die
474 internationale Zusammenarbeit von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Vereinen und
475 Kultureinrichtungen zu stärken. Wir setzen uns ein für eine solidarische Kooperation der
476 Kommunen auf europäischer und internationaler Ebene in den Bereichen Entwicklungspolitik,
477 gerechte Weltwirtschaft, Arbeitswelt, Umwelt und präventiver Friedenspolitik. Ein positives
478 Beispiel ist die Beteiligung vieler Städte an der Initiative „Cities for Peace“.

479 (Stand: 24.1.; nach Debatte im Vorstand am 11.1. und nach Korrekturvorschlägen von Annette Groth,
480 Christoph Ozasek, Walter Kubach, Bernd Riexinger, Bernhard Strasdeit, Franz Groll; Zugesagt sind noch
481 Vorschläge zu „Frauen“, „Jugend“, und Änderungen „Gesundheit“, „kommunal Finanzen“).